

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Fig. folde aus Halle mit 15 Fig. berechnet und in der Expedition von untern Annahmestellen aus allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Seite 60 Fig.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen.

(Der Abdruck unserer eigenen Artikel ist nur mit voller Verantwortlichkeit gestattet.)

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalkthal.)

Bierdruckzwangiger Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 R., durch die Post 3 R., monatlich 2 R., einmonatlich 1 R., ohne Beleggeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nummer 5000 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.
Für die Redaktion verantwortlich S. B. Albert Perling in Halle.
[Schriftverehringung mit Berlin und Leipzig.]
Königs-Str. 176.

Nr. 195.

Halle a. d. Saale, Freitag den 22. August

1890.

Die Landgemeindeordnung.

Ein angelegentlich süddeutsches Blatt, das sich seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck in einer leise fröhenen Haltung gegen die jetzige Regierung gestellt hat, hat in diesen Tagen das Tempo der innerpolitischen Reformbewegung ein „unheimliches“ genannt. Dieser Schreckensruf war offenbar durch die Veröffentlichung des „Reichsanzeiger“ hervorgerufen worden, der für den Zutritt zum Reichstag drei große Reformgesetze in Aussicht stellte. Zwar handelt es sich hier um preussische Angelegenheiten, vermutlich aber fürchtet das sonst so verständige und vornehm mündere Blatt, es könne auch im Reichsunabhängigen so „unheimlich“ nach vorwärts gehen. Hängen doch die preussischen und die Reichsangelegenheiten so innig zusammen, daß eine Reform der direkten Steuern, der Erbschaft eines Volksausgleiches und einer Landgemeindeordnung für den größten deutschen Bundesstaat ohne Zweifel noch mehr als einer Richtung auch auf die Gesetzgebung und Verwaltung der übrigen Bundesglieder und des ganzen Reiches wirken wird.

Die Angst vor einem „unheimlichen“ Tempo wird bei uns nicht wohl aufkommen können; wir kennen die langsam voranschreitende Bureaucratie und wir wissen, daß es sich bei der derzeitigen Reform, auf die sich die beiden anderen Gesetze stützen müssen, um eine Materie handelt, die seit mehr als vierzig Jahren von den liberalen Parteien als der Verbesserung dringend bedürftig bezeichnet wurde. Schon im Jahre 1848 hatte Waldeck den Entwurf einer Landgemeindeordnung ausgearbeitet und seitdem haben die Liberalen nicht abgelassen, auf die Notwendigkeit dieser Reform hinzuweisen, die nun endlich in Angriff genommen werden soll. Herr Herzfeld hat dem Staatsministerium eine Denkschrift über den Gegenstand überreicht und das offizielle Regierungsorgan hat die Hoffnung ausgesprochen, die drei bedeutungsvollen Reformgesetze noch in dieser Session verabschiedet zu sehen. Wie diese Hoffnung sich erfüllen soll, ist einzuweisen noch nicht abzusehen, denn noch bekannt sich die konservative Partei, die im preussischen Landtag den Ausschlag gibt, zu entschiedenem Gegenstand des grundlegenden Gesetzes über die Landgemeindeordnung, wie man im Herrenhaus über derartige „revolutionäre“ Vor schläge denken dürfte, braucht nicht erst geschildert zu werden. Für die konservative Partei ist die jetzige Ordnung der Landgemeindeverhältnisse — und wir haben in den östlichen Provinzen, um die es sich allein handelt, 4800 Gemeinden mit weniger als je 100 und 1000 Gemeinden mit weniger als je 50 Einwohnern! — eine Heiligkeit geworden, allerdings „Einrichtung“, zu deren Beseitigung nur die „höchsten Behörden“ die vom Landesherrn und seinen Anhängern nichts verstehen, die Hand bieten können. Und es zeigt sich bereits jetzt, daß eine wohlgestaltete und moderne Reform der Landgemeindeordnung nur gegen die Stimmen der Konservativen wird durchgeführt werden können, wie die Kreisordnung und jede andere vorwärts führende Verwaltungsreform gegen die Reaktionen erlitten werden mußte. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens stimmt sich in Preußen den modernen Bestrebungen ein Demnach entgegen: die ganze Beharrlichkeit der grundlegenden Punkte, die mit allen Mitteln ihre herrschende Stellung zu behaupten suchen. Und diese etwa 15,000 Großgrundbesitzer sind es, unter deren übertragendem Einfluß auf die preussisch-deutsche Gesetzgebung eine Dünne erhalten bleiben konnte aus fender Verwirrungszustand, aus den glücklich überwundenen Tagen der Güternachfolge.

Die heute die Verhältnisse auf dem platten Lande des Reichs liegen, ist der Rittergutsbesitzer politisch nahezu allmächtig gegenüber den in jämmerlich ohnmächtigen Gemeindevorständen vereinigten Landbewohnern. Der Rittergutsbesitzer vereinigt auf seine Person die politischen Rechte aller seiner früheren Hinterlassenen und Hörigen; dies Verhältnis pflegt bei den Wahlen den entscheidenden Ausschlag zu finden, wo an Kommando der Kandidat des Herrn Großgrundbesitzers genügt wird. Der Wahlapparat funktioniert da tadellos, mit automatischer Unfehlbarkeit. Aber auch sonst entspricht das jetzige Verhältnis in keinem Punkte den Ansprüchen der Zeit und den beständig wachsenden Bedürfnissen der Gemeinden, die im östlichen Theile der preussischen Monarchie hinter dem Rechtszustand der Gemeinden in allen andern Theilen Deutschlands ganz erheblich zurückgeblieben sind. Gerade dieser veraltete Zustand aber ist es, den die „Heine“ aber mächtige „Sanfterpartei“ vereinigt haben möchte.

Auch dem fruchtbarsten Blick muß der innige Zusammenhang der drei genannten Reformgesetze sichtbar sein, und die „Kreuzzeitung“ ist viel zu klug, als daß man an die Unrichtigkeit ihres Vorschlags glauben dürfte, die Reform der Landgemeindeordnung sich nach Erledigung der Steuerreform zu vertragen. Die Gemeinden im westlichen Preußen erheben den Wunsch nach Entlastung; sie fordern die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuern, um die Personalsteuern fallen lassen, resp. durch selbständige Gemeindeabgaben ersetzen zu dürfen. Bei dem veralteten und an absolutistischen Willkürhaftigkeit erinnernden Zustande aber, in dem sich die Gemeindeverhältnisse des Reichs noch heute befinden, ist an eine Befriedigung dieser durchaus berechtigten Wünsche des Westens gar nicht zu denken. Im Osten müssen die Gemeinden erst geschaffen, und wo sie vorhanden sind, erst selbständig und selbstständig gemacht werden; die Gemeinden müssen zusammengelegt, die Lasten gerecht vertheilt, die Gemeinde-Verwaltungen in modernem Sinne umgestaltet werden; das 10,000 Volksglieder, das Volkswalden — wir besitzen mehr als 10,000 Waldparzellen, denen die eigenen Wälder fehlen! — die Landgemeinde verlangen nach einer radikalen Umänderung, entsprechend den gänzlich veränderten Zeit- und Produktionsverhältnissen, entsprechend auch vor allem dem

Vordringen der Industrie in die ländlichen Bezirke. Die Dotationen, welche der Staat den Kommunalverbänden überwiesen hat, reichen nicht mehr aus, und an eine Erweiterung dieser Zuwendungen ist nicht eher zu denken, als bis jene Verbände durch ihre Leistungsfähigkeit und Selbstständigkeit eine Gewähr für die richtige und gerechte Verwendung jener Beträge bieten. Eine solche Gewähr können die kleinen Bezirke und die zersplitterten Kommunalverbände in keiner Weise bieten.

Die Hoffnung, mit dem Eintritt des Herrn Miquel in die Staatsregierung, welche die unsfruchtbarste Periode einer politischen Reformperiode überwinden zu sehen, scheint sich nicht erfüllen zu sollen. Das Abgeordnetenhaus wird auch mit seinem lauten und vorwärtstreibendem sich angestrichelt und zu bedeutungsvoller Arbeit berufen werden. Der neue Finanzminister, der von der glänzend geführten Leitung eines künftigen Gemeinwessens in sein „dornenreiches“ Amt kommt, hat offenbar begriffen, daß eine Welle der inneren Bewegung in Preußen nur von der Wurzel herauszuwachsen kann. Ohne Reform der Landgemeinden keine Volksreform, keine Reform der direkten Steuern. Wir haben schon früher angeführt, daß wir einwilligen noch nicht zu übersehen vermögen, wie Herr Miquel seine Pläne im Angesicht der kompakten Majorität des Abgeordnetenhauses durchzuführen gedenkt. Des Einen aber sind wir gewiß: der weit überwiegenden Mehrheit des Reichstages und auch des deutschen Volkes wird die freudig begrüßte innere Reform in ihren Resultaten nur dann willkommen sein, wenn sie gegen die selbstthätigen Wünsche einer nur scheinbar konstitutionellen, in Wahrheit aber durch reaktionären Partei und gegen deren Volksstaatliche durchzusetzen sein wird.

Kaiser Wilhelm in England.

Ueber das am Dienstag stattgehabte Mandat bei Hamburg, dessen wir gestern bereits kurz gedachten, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Nachdem die Truppen früh am Morgen mehrländige Märsche — theilweise bei starkem Regen — ausgeführt hatten, begann das Geleite um 9 Uhr 20 Min. bei Pöhlitz. Das Offiziers unter General Daniloff hatte eine starke Vertheilungsaufstellung am Luba-Fluß bei Hamburg befehlet, welche das Westcorps angriff. Um 10 Uhr 20 Min. trafen die beiden Kaiser, die Kaiserin, Großfürstin Xenia, Großfürstin Elisabeth, Prinz Heinrich, der Großherzog von Sachsen u. a. m. auf dem Geleitszuge ein. Kaiser Wilhelm trug russische Generaluniform, Prinz Heinrich die Uniform des Zumbusch-Dragoon-Regiments. An der Spitze der glänzenden Suite befanden sich der Reichsfinanzler v. Caprivi und der Volkshofmeister General v. Schwenitz in Begleitung des Chefs des Generalstabes, General v. Drubitzsch. Auch die Großfürstin Maria Pawlowna und Feodora erschienen in eigenhändig gefahrenem Kabinett auf dem Mandatvertheil. Der Kaiser Alexander begab sich zugleich auf die Haupt-Redoute des Offiziers, während Kaiser Wilhelm mit Oberstlieutnant und eigenem Geleite die Front beider Corps abtrat und den Operationen mit größter Aufmerksamkeit folgte. Inzwischen hatte das Westcorps auf der ganzen Linie Terrain gewonnen. Um 12 Uhr begaben sich sämtliche Herrschaften auf eine Erholung am Luba-Fluß, unmittelbar bei Hamburg, und beobachteten von hier aus die höchst interessanten Geschichtsbilder. Das Offiziers wurde schließlich für Abschied zurückgeführt und der Luba-Fluß theils an Kommando, theils schiffmännig überlegt. Ueberaus hartnäckig wurden von den Truppenführern des Offiziers die Absichten und die Brücken der Luba selbst vertheidigt, wobei nicht selten sogar 2 Brücken durch Minen gesprengt wurden. Kaiser Wilhelm und die deutschen Generale folgten mit höchstem Interesse dem mit großem Geschick angelegten und durchgeführten Mandatvertheil; besonders die Ausbauer der Truppen erregte Entzücken. Nach Schluß des Mandatvertheils nahm die Herrschaften auf dem Geleitszuge das Frühstück ein und schritten um 2 Uhr nach Narva zurück.

Gestern morgen begaben sich die beiden Kaiser früh um 8 1/2 Uhr nach dem Mandatvertheil, wo bei Beginn des Geleits zwischen Hamburg und Reimann das Westcorps das Offiziers angriff, nach letzteres seine Stellung von Position zu Position vertheidigte, schließlich aber dem energischen Vorrückens des gegenrührenden Corps unterlag und hinter Reimann zurückging. Der Mandatvertheil des Westcorps verlor. Nach Schluß des Mandatvertheils nahm die Herrschaften abermals auf dem Mandatvertheil das Frühstück ein und schritten abends nach Narva zurück. Heute ist Ruhetag.

Deutsches Reich.

* Berlin, 20. Aug. Auch der „Standard“ erfährt in Uebersichtlichkeit mit der heutigen Meldung des R. Wien. Tagblatt, daß Kaiser Wilhelm im September den Kaiser von Oesterreich besuchen und an dem Landen in den österreichischen Alpen theilnehmen werde. — Prinz Georg hat sich von Hlasi-Kalibab auf einer Reise durch die Schweiz zunächst für kurzen Aufenthalt nach Luzern begeben. — Die Erbprinzessin von Hohenollern ist gestern nachmittag in Potsdam von einer Tochter entbunden worden.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung betreffend die Rechtsverhältnisse in dem südwestafrikanischen Schutzgebiete. Derselbe, vom 10. August 1890 datirt, erfolgt auf Grund des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete und bildet eine Ergänzung der Verordnung vom 21. Dezember 1887.

□ Berlin, 20. Aug. Meine früheren Stimmungsberichte über die Bewegung Kaiser Wilhelms mit dem Jaren haben durch die jüngsten russischen Auslassungen in den Spalten der allernachstfolgenden „Politischen Korrespondenz“ theilweise eine fast wörtliche Bestätigung gefunden. Gegenüber diesen Er-

klärungen dürfen irgendwelche optimistische Regungen in Bezug auf das russisch-deutsche Verhältnis überhaupt nicht mehr aufkommen. Man wird sichtlich den maßlosen Entschlüssen begreifen, mit dem man diese letzte Kauderwelsch in Frankreich aufgenommen hat. Stimmliche Volkswahlorgane, daran die sonst recht feinsinnige „Franco“, erwidern daran eine indirekte Bestätigung des „Franco-russischen Alltagsverhältnisses“ und hängen daran die weitgehenden Folgerungen. Die russischen Regierungen, werden in Paris und im Lager der Panikmacher durch neue lärmende Vertheidigungskundgebungen geplant. Vornehmlich soll dem französischen Gesandten, der im September in Kronstadt vor Anker gehen wird, ein großartiger Empfang bereitet werden. Selbst so ernste Blätter, wie „Le Siecle“, mögen aus dem gegen Deutschland und Kaiser Wilhelm gerichteten Zweck dieser Manifestation gar kein Geßl. Was an dieser Stelle als bereits vor Monaten vorangesagt worden, tritt jetzt mit fast verblüffender Pünktlichkeit ein.

Ein St. Petersburger Brief der Politischen Korrespondenz knüpft an den Besuch des deutschen Kaisers in Russland an. Er betont eingangs die oft verübte Fiktion des St. Maj. des Kaisers Alexander und fährt dann fort:

Uebrigens scheint auch Kaiser Wilhelm ernstlich dazu beizutragen zu wollen, daß die Entzweite Weltkriegsperiode beendet werde, denn er hat sich in der öffentlichen Meinung in Russland sehr günstig aufgenommen. Erklärungen abgegeben, indem er sagte, daß durch die Uebernahme der Insel Helgoland das Werk der Einigung Deutschlands vollständig abgeschlossen würde. Diese Erklärung wurde durch die russische Presse als ein förmliches Versprechen jener Worte hingenommen, welche die deutschen Staatsmänner in Bezug auf unsere künftigen Beziehungen zur Schau trugen.

Wenn aber auch im ganzen her weitest und ausschließlich friedliche Charakter der bevorstehenden Entzweite immer mehr und mehr in die Entwicklung tritt, so ist es andererseits sicher, daß die Bekanntheit der Kaiser von Russland und Deutschlands über diese beruhigende Wirkung hinaus kein anderes spezielles Ergebnis liefern wird und namentlich zu keinerlei Ueberwindung der friedlichen, aber gänzlich unabhängigen, auf die Herstellung des europäischen Gleichgewichts abzielenden Politik Deutschlands führen kann.

Die „Tagl. Rundschau“ theilt als letztes und vielleicht bedeutendstes in der Reihenfolge der vorerwähnten Briefe der Kaiserin Augusta ein Schreiben aus dem Jahre 1877 an Frau v. Bennin mit. Die Kaiserin Augusta erläutert in demselben ihre Stellung zum Kulturkampf, und wir erkennen daraus, wie stark ihre Abneigung vor allem konfessionellem Zank und Haber war. Sie bekennet offen ihre Zuneigung zum dem großen Begründer der Tübinger Schule, Laur. Wachenheim, Bischof, Karl Hofe sind die Männer, deren Anschauungen sie sich am meisten verbandt fühlt, aber auch der große Polemiker der katholischen Kirche, Meißner, wird von ihr gewürdigt. Es ist der Geist Herders, der in der Briefschreiberin mächtig war. Das Schreiben lautet, soweit es vorliegt, folgendermaßen:

Wir ist nicht unbedacht gefahren, daß hier und da zwischen den Zeilen kultursämpferlicher Blätter zu lesen war, ich vertheile nicht mein ganzes Verhalten und namentlich auch durch die von Ihnen gemachten, die zum Theil erwünscht waren, ultramontane Annahmen. Diese Vermuthung ist mir geworden, nachdem eine andere Besart nicht mehr wiederholt wird, ich hätte großes Gefallen an der Freidenkert. Die letztere Annahme entpuppte sich ebenfalls nur dem Umstände, daß ich, wie je nachdem mit freundschaftlichen Beziehungen, so auch mit Männern wie Humboldt, welche die katholische Kirche unterstüzt. Ich demnach unter Staatsbürgerlichkeit jedem zur Pflicht gemacht, den Grundlag der Parteilichkeit zu achten? Ich an meinem Theil gebe durch mein persönliches Verhalten und durch den Hülfsort vor beiden Glaubensrichtungen, der katholischen wie der protestantischen, die gleiche Gleichberechtigung zu erkennen, die mir in Beziehung auf religiöse Anschauungen nicht unverständlich ist. Ich bin schon im Jüngend entpuppt wurde. Wir kommen über den Kulturkampf hinsichtlich bald und für immer hinweg, besonders wenn wir darauf bedacht bleiben, daß in demselben Verhältnis, in welchem die Tiefe des Zivilrechts der beiden Konfessionen sich bezeichnen, auch die vornehmliche höhere Einheit gelehrt werden kann, deren Einheit, deren Meinung hier vor allem das festgestellte Bedürfnis des gläubigen Gemüths ist. Ich wiederhole damit nur, was schon zu Anfang der dreißiger Jahre von dem Hiesigen Wirttembergener Vater ausgeprochen wurde, der in diesem Sinne den Kampf gegen das getrenntwärtige Katholizismus durch die Vertheilung der Wirttembergischen Landesverfassung zum Theil erreicht werden soll, das war, nur idealer und gehobener Gedacht, der Gegenstand wissenschaftlicher Bedenken, denen, bald nach meiner Vermählung, keiner ferneren Beweise vermochte, der für die Grundzüge der beiden Vertheilung auch nur im geringsten ein Interesse hatte. Wir Allen werden dem, was jetzt sich abspielt, gefassen zu, und doch nur nicht das religiöse Gefühlen bedacht, nur in nicht der Zusammenhang zwischen den beiden Wirttemberg, das beide etwa einigende Band zerfallen werde, das ist unter einige Sorge. Nicht bloß erhalten bleiben, sondern neu geknüpft werden muß das Bewußtsein, daß zwischen den beiden religiösen Richtungen ein gemeinsames Gottesglaubens beider, der alle Seiten übergeordnet. Maria und Maria, beide dienen die, und so ist auch Einem bei aller Vertheillichkeit ihres Lebens, und so ist auch für die zwei Vereinigungen ein gutes Nebeneinander nicht bloß möglich, sondern ganz natürlich. Mit einem der am Kampf der dreißiger Jahre Theilgehabten, mit Philipp Wachenheim, der durch die den vermeintlichen Gleichsatz und gern, das letzte Mal, als er keine Gedächtnis der Wirttemberg überreichte, wobei er verriet, daß er sich zur Pflicht gemacht hätte, auf dem Kofeder wie auf der Kanzel vermittelnd, ausgleichend, vermittelnd zu wirken, und als Segelation, bemerke ich ergänzend, könnte er ja auch gar nicht anders. Bald nach seinem Tode kam von Bonn Bischof Meißner, der, an der Wirttemberg an der Spitze mit Wäldern theilhaftig gewesen war. An ihm fand ich einen überzeugten Wirttemberg meiner dem Frieden dienenden Bestrebungen, obwohl jeder Kaiser an ihm protestantisch war. Zu seiner philologischen Kunde

